

POLITISCHE GEOGRAPHIE UND GEOPOLITIK
Bemerkungen zu einem (un-)bestimmbaren Verhältnis

JULIA LOSSAU

Summary: Political geography and geopolitics: remarks on an (in-)definable relationship

If there had been a compulsory directive for German political geographers regarding the current revitalisation of *Geopolitik*, this directive would have been: "Hands off *Geopolitik*!" This remarkable reluctance, which is being overcome only slowly, is even more surprising (if not: *unsurprising*), as the relationship between political geography and geopolitics has never been clearly defined. Against this background, and in accordance with the deconstructionist/reconstructionist tools of *critical geopolitics*, this paper seeks to explore this relationship. Exploring, however, does not equal definition, for it will be shown that the links between political geography and geopolitics are both *definable* and *indefinable* at the same time. This ambiguity leads to the question of how to react to the increasing usage of geopolitical expressions both inside and outside the discipline of political geography. In the last part of the paper, a strong case is made not for uncritically engaging with but for deconstructing the usage of geopolitical terminology. By drawing this conclusion, the paper gains relevance beyond the realm of German political geography.

Zusammenfassung: Noch bis vor kurzem reagierten die Vertreterinnen und Vertreter der deutschsprachigen Politischen Geographie auf die Renaissance des Zauberwortes „Geopolitik“ gemäß der Parole „Hände weg von der Geopolitik!“. Die Zurückhaltung bezüglich der „Problematik der Geopolitik“ ist insofern erstaunlich (oder auch: gerade *nicht* erstaunlich), als das Verhältnis von Politischer Geographie und Geopolitik bis heute ungeklärt geblieben ist. Der vorliegende Beitrag nähert sich diesem Verhältnis mit den dekonstruktiv-rekonstruktiven Mitteln der *critical geopolitics* und zeigt auf, dass es ebenso *bestimmbar* ist, wie es letztlich *unbestimmbar* ist. In Anbetracht der (Un-)Bestimmbarkeit des Verhältnisses stellt sich (erneut) die Frage nach den Möglichkeiten einer Verwendung des Geopolitikbegriffs. Ihr wird im letzten Teil des Beitrags nachgegangen. Er endet mit der Aufforderung, lediglich auf eine *Verstörung* geopolitischer Strategien abzielen, nicht aber auf eine Geopolitik an sich – und kann damit (disziplin-)politische Relevanz über das Feld der Politischen Geographie hinaus reklamieren.

1 Einleitung

Während noch 1994 in der Wochenzeitung „DIE ZEIT“ zu lesen war, dass Geopolitik in Deutschland „ein Reiz- und Tabuwort“ (FRITZ-VANNAHME 1994) geblieben sei, ist Geopolitik bis heute geradezu ein Zauberwort geworden. Denn mit dem Wort „Geopolitik“ verhält es sich so wie mit allen Zauberwörtern: „Sie zaubern sich gerade das her, was gesagt werden soll“ (NASSEHI 1998, 152). Sei es die Legitimität militärischer Auslandseinsätze aufgrund *geopolitisch* motivierter „ethnischer Konflikte“, sei es die Notwendigkeit der Schaffung eines „Europas der unterschiedlichen Geschwindigkeiten“, in dessen gedachter Mitte ein *geopolitisch* evidentes „Kerneuropa“ (vgl. LAMERS 1994) steht, oder sei es nach wie vor die Schicksalhaftigkeit „unserer“ *geopolitisch* unhintergehbaren „Mittellage“, die „uns“, wie der ehemalige Bundespräsident RICHARD VON WEIZSÄCKER schreibt, „nach 1914 in zwei Weltkriege geführt hat“ (WEIZSÄCKER 1992) – die Legitimität, die Notwendigkeit oder die Schicksalhaftigkeit, zumindest aber die Faktizität all dieser Sachverhalte kann mittels ihrer Ausweisung als „geopolitisch“ herbeigezaubert werden.

Die Revitalisierung des Wortes innerhalb des tages- und gesellschaftspolitischen Diskurses ruft unterschiedliche Reaktionen hervor. Teils wird sie mehr oder minder offen als „Normalisierung“ gefeiert; teils wird sie scharf kritisiert. Meist aber wird sie nicht weiter problematisiert, sondern fraglos (re-)produziert. Eine besondere Reaktion legt schließlich ein Großteil der deutschen Geographinnen und Geographen an den Tag. Sie kann – wenn auch verkürzt, mit der Parole: „Hände weg von der Geopolitik!“ charakterisiert werden. Diese Zurückhaltung erklärt sich aus der generellen Entwicklung der Teildisziplin seit 1945 und den Bemühungen CARL TROLLS (TROLL 1947) und PETER SCHÖLLERS (SCHÖLLER 1957; 1958) im Besonderen: Sie lösten das Legitimationsproblem der Politischen Geographie, das aus deren Verflechtung in die Machtpolitik des Zweiten und Dritten Reiches resultierte (vgl. KOST 1988), indem sie die „nationalsozialistische und pseudowissenschaftliche Geopolitik“ von der Politischen Geographie zu trennen und als ursächlichen Sündenbock aller machtpolitischen Verfehlungen darzustellen vermochten (vgl. SANDNER u. OBENBRÜGGE 1992; SPRENGEL 1996). Durch diese Trennung war die Politische Geographie lange Zeit durch eine Ausblendung der (mit

der verfeimten Geopolitik assoziierten) globalen Maßstabsebene gekennzeichnet; auch ihr politischer Gehalt wurde weitgehend negiert (vgl. SANDNER u. OBENBRÜGGE 1992). Zwar mehrten sich in jüngerer Zeit die Stimmen, die die grundsätzliche Stigmatisierung des Geopolitikbegriffs in Frage stellen (etwa BOESLER 1997; KOST 1997; OBENBRÜGGE 1993; SANDNER 1993). Dennoch ist es weniger das komplexe Bild der jüngsten Zeit als dasjenige der sprachlosen bzw. „ein Kümmerdasein an den geographischen Instituten und Seminaren“ (KOST 1997, 133) fristenden Politischen Geographie, das den Ausgangspunkt der folgenden Bemerkungen bilden wird. Und zwar nicht nur, weil abzuwarten bleibt, inwiefern die aktuellen fachinternen Diskussionen in der Lage sind, die Befindlichkeit der deutschen Politischen Geographie nachhaltig zu verbessern. Sondern auch deshalb, weil es gerade diesen Diskussionen zu verdanken ist, dass die Frage nach dem Verhältnis von Politischer Geographie und Geopolitik (wieder) verstärkt ins „geographische Blickfeld“ gerückt ist.

Dieses Verhältnis soll im Folgenden beleuchtet werden – und „beleuchten“ bedeutet nicht zwangsläufig „bestimmen“: Es wird aufgezeigt, warum das Verhältnis zwischen Politischer Geographie und Geopolitik nicht zu fixieren, sondern vielmehr (*un-*)*bestimmbar* ist. Zu diesem Zweck wird in einem ersten Schritt aufgezeigt, warum es keinen strukturellen Unterschied zwischen Politischer Geographie und Geopolitik geben kann. Da damit (disziplin-)politisch heikles Terrain beschritten wird, soll im dritten Kapitel „vorsorglich“ der wohl nächstliegende Einwand gegen diese These dekonstruiert werden. Im vierten Kapitel wird die (Un-)Bestimmbarkeit des Verhältnisses zwischen Politischer Geographie und Geopolitik theoretisch zu erfassen versucht. Abschließend wird sich zeigen, wie es in Anbetracht dieser (Un-)Bestimmbarkeit um die Verwendung des Geopolitikbegriffs bestellt ist. Die Ausführungen orientieren sich am Projekt der *critical geopolitics* (vgl. etwa DALBY 1991; Ó TUATHAIL 1996), das hier als kontinuierliches *work-in-progress* behandelt wird – kann es doch nicht darum gehen, seine diskurs-„theoretisch“/dekonstruktivistisch geprägte Einstellung zum Zusammenhang von Macht, Wissen und Räumlichkeit auf den Punkt zu bringen. Stattdessen wird die Möglichkeit genutzt, ihm – anhand einer Diskussion des Verhältnisses von Politischer Geographie und Geopolitik – auf die Spur zu kommen. Ein solches Vorgehen scheint angemessen in Bezug auf einen radikal-konstruktivistischen Ansatz, der letztlich danach strebt, vermeintliche Sicherheiten zu verabschieden und gewohnte Sichtweisen „bis zur Kenntlichkeit“ (NASSEHI 1998, 159) zu entstellen.

2 Zur Konstruktion eines vermeintlich bestimmten Verhältnisses

Die gewohnte Sichtweise, die im Folgenden *bis zur Kenntlichkeit* entstellt werden soll, ist diejenige eines Gegensatzes zwischen Politischer Geographie und Geopolitik, wie sie nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs von TROLL und SCHÖLLER kanonisiert wurde. Die beiden Geographen repräsentierten die „geopolitische Methode“ als nationalsozialistisch und pseudowissenschaftlich, um im Gegenzug die Politische Geographie insofern von Verfehlungen freisprechen zu können, als diese bis 1945 streng wissenschaftlich geblieben sei und daher keinesfalls mit den Inhalten und Zielen der Geopolitik identifiziert werden könne. Es stellt sich jedoch die Frage, ob diese Repräsentationen zutreffend waren. Eine Lektüre der entsprechenden Literatur ergibt recht schnell, dass davon keine Rede sein kann. Denn es darf angenommen werden, dass sowohl TROLL als auch SCHÖLLER die widersprüchlichen Diskussionen um das Selbstverständnis der deutschen Geopolitik kannten, über die der Geopolitiker OTTO MAULL rückblickend urteilte, dass man sich „über das ‚Wesen der Geopolitik‘ nicht einig und eigentlich auch nie einig geworden sei“ (MAULL 1956, 29). In diesen Diskussionen ging es nicht zuletzt um die Frage nach der „Art der Beziehung zwischen Erd-Räumlichem und dem Anthropos, von der die Geopolitik auszugehen habe“ (SPRENGEL 1996, 171). Demnach ist das Bild *der* geodeterministischen Geopolitik ebenso unzutreffend wie sein Spiegelbild: die von allen Verfehlungen freie, weil stets „wissenschaftlich gebliebene“ Politische Geographie. Die Unhaltbarkeit der Behauptung, die Politische Geographie könne nur fälschlicherweise in Zusammenhang mit der Geopolitik gebracht werden, ist innerhalb der Geographie nachgewiesen worden und gehört seit der Dissertation von KLAUS KOST (1988) zum geographischen Gemeingut.

Allerdings stellt sich die Frage nach dem Gegensatz zwischen der „geopolitischen Methode“ und den Methoden der Politischen Geographie nicht nur in Bezug auf die Zeit vor, sondern auch nach 1945. In dieser Hinsicht kann sie wie folgt präzisiert werden: Wodurch hat sich politisch-geographisches Arbeiten nach 1945 von geopolitischem Arbeiten unterscheiden können? Und zugespitzt: Kann es *überhaupt* einen Unterschied zwischen einer politisch-geographischen und einer geopolitischen Argumentation geben? Der Versuch, diese Frage zu beantworten, soll an jenen Kriterien ansetzen, die seit TROLL und SCHÖLLER für die Abgrenzung von der „geopolitischen Methode“ diskursbestimmend geblieben sind. Vor dem Hintergrund dieser Kriterien – Pseudowissenschaftlichkeit und Geodeterminismus – hätte es, abstrakt formuliert, nur dann einen Unter-

schied zwischen Geopolitik und Politischer Geographie geben können, wenn sich politisch-geographisches Arbeiten nach 1945 strukturell von der weithin geteilten Repräsentation der „geopolitischen Methode“ unterschieden hätte. Anders ausgedrückt: Es hätte nur dann einen Unterschied geben können, wenn die politische Ordnung der Dinge hier nicht als unausweichlich, unveränderlich oder schlicht hinzunehmend, sprich: als *natürlich* bedingt behandelt und wenn der politische Gehalt auch des „eigenen“ Diskurses anerkannt worden wäre. Denn der Vorwurf an die Geopolitik hätte in dieser Logik ja „eigentlich“ darin bestehen müssen, dass die Anwendung der „geopolitischen Methode“ insofern zu einer Entpolitisierung führen müsse, als wissenschaftliches Arbeiten dort – frei nach dem Diktum NICHOLAS SPYKMAN: „For geography does not argue. It simply is“ (SPYKMAN 1938, 236) – seines politischen Gehalts unter der Hand enthoben werde.

Eine solche „Politisierung“ hat die deutsche Politische Geographie jedoch nicht vollzogen. Damit sei nicht behauptet, die politisch-geographischen Arbeiten nach 1945 hätten sich vor allem durch geodeterministische Argumentationen ausgezeichnet. Eine solche Behauptung wäre insofern absurd, als SCHÖLLER schon 1958 das „Ende einer Politischen Geographie ohne sozialgeographische Bindung“ (SCHÖLLER 1958) proklamiert hatte und es mit den Arbeiten KLAUS-ACHIM BOESLERS (BOESLER 1969, 1974) zu einer Neugründung der Politischen Geographie auf der von SCHÖLLER geforderten Grundlage kam. Allerdings, und diese These wird im Folgenden zu untermauern sein, konnte auch die Berücksichtigung sozialwissenschaftlicher Theorien nicht zu einer „Ent-Naturalisierung“ und „Politisierung“ politisch-geographischen Arbeitens führen – was zum einen dem Gegenstands- und Methodenverständnis des sozialwissenschaftlichen Mainstreams und zum anderen dem Umstand geschuldet ist, dass das Erkenntnisinteresse der Politischen Geographie nicht nur auf die Gesellschaft, sondern auch auf den Raum (also auf die „Anpassungen“ und „Wechselwirkungen“ zwischen beiden Größen) gerichtet war.

In Anbetracht der Komplexität dieser These scheint es sinnvoll, sie Punkt für Punkt abzuarbeiten. Zunächst sei verdeutlicht, warum die Aufnahme sozialwissenschaftlicher Theorien die Politische Geographie nicht über diejenige Argumentationslogik hinausbringen konnte, die gemeinhin als „geopolitisch“ gilt. Die Klärung dieser Frage führt an einen „Ort“, der aus geographischer Sicht nur selten mit sozialwissenschaftlicher Theoriebildung in Verbindung gebracht wird: *den Raum* oder, genauer gesagt, die geographische Ordnung der Wirklichkeit. Dort angekommen, wird deut-

lich, dass die geographische Wirklichkeit als gleichsam *natürliche* Ordnung der Dinge nicht expliziert wurde, sondern wie der legendäre Wald vor lauter Bäumen aus dem Blickfeld der Sozialwissenschaften geriet. Und doch lohnt es sich, die *hidden geography* des sozialwissenschaftlichen Mainstreams beim Namen zu nennen. Seine geographische Wirklichkeit war (und ist) in erster Linie die Wirklichkeit der nationalstaatlichen Containerräume: Die Welt konnte (und kann bis heute) kaum anders gesehen werden als zerfallen in nationalstaatliche *blocks of space* (MASSEY 1999); gesellschaftliche Ordnung konnte (und kann bis heute) kaum anders gedacht werden als nach dem Modell des Nationalstaats – eine Perspektive, die im Anschluss an ANTHONY SMITH (1979, 191) als „methodologischer Nationalismus“ bezeichnet werden kann.

Gleiches gilt für die auf sozialgeographischer Grundlage neu begründete Politische Geographie – mit einem Unterschied allerdings. Dieser Unterschied kann, um im Bild zu bleiben, folgendermaßen beschrieben werden: Während die Sozialwissenschaften „nur“ deshalb in der „territorialen Falle“ (AGNEW 1994) sitzen, weil sie die Besonderheit dieser geographischen Wirklichkeit nicht *sehen* können, kann dies von der Politischen Geographie nicht behauptet werden. Denn Letztere *sah* diese geographische Wirklichkeit durchaus; sie bestimmte sie aus disziplinpolitischen Gründen sogar zu ihrem Gegenstand. Damit „verwandelte“ sich die Falle in einen Aussichtspunkt. Oder besser: Die Falle verwandelte sich in den „Feldherrenhügel“ der Politischen Geographie, dessen Besonderheit und dessen politischer Voraussetzungs- und Folgenreichtum auch ihr aus dem Blickfeld geraten sollte. Es darf allerdings angenommen werden, dass – und auch dies unterscheidet eine Falle von einem Feldherrenhügel – Letzteres gern in Kauf genommen wurde, wenn nicht sogar einen gewünschten Effekt darstellte. Denn schließlich ging es der Politischen Geographie nicht zuletzt darum, sich durch Objektivität und Wissenschaftlichkeit von der mit Machtpolitik assoziierten „geopolitischen Methode“ zu distanzieren. So sei an dieser Stelle daran erinnert, dass die Möglichkeit, „auch außen- und machtpolitische Fragestellungen in die Politische Geographie einzubeziehen“ (BOESLER 1974, 15), insofern ausgeklammert wurde, als befürchtet wurde, damit diejenige Demarkationslinie zu überschreiten, die die Politische Geographie (vermeintlich) von der Geopolitik trennte. Die darin *direkt* zum Ausdruck kommende Weigerung, sich mit Fragen von (Definitions-)Macht und Herrschaft auseinanderzusetzen, zeigt sich, wenngleich *indirekt*, auch auf der „Innenseite“ der nationalstaatlichen Demarkationslinie: Dort sollten „erdoberflächliche Verbreitungs- und Verknüpfungsmuster im Bereich

staatlichen Handelns und die politischen Entscheidungsfindungen über Ziele und Instrumente, die sie bedingen" (BOESLER 1974, 13), objektiv analysiert werden. Mit diesem Programm wurde die Konflikthaftigkeit der gesellschaftlichen Aushandlung von Macht/Wissen fast vollständig ausgeblendet:

„With a few exceptions, the studies performed under this program did not question political type, instruments or aims. The existing conflict potential and the fundamental conflicts within postwar German society were almost completely excluded from empirical research" (SANDNER u. OBENBRÜGGE 1992, 260).

Kurz: Das Erklimmen eines planungstechnokratischen Feldherrenhügels musste dazu führen, dass der politische Gehalt der Teildisziplin unter der Hand entsorgt und die Idee des „Staates als *natürlicher* Einheit der politischen Organisation" (Ó TUATHAIL 1987, 197; Hervorhebung JL) (re-)produziert und normalisiert wurde.

3 Zur Dekonstruktion eines potentiellen Einwands

Damit dürfte die oben aufgestellte These belegt sein. Denn die (Re-)Produktion der Idee des Staates als *natürlicher* Einheit der politischen Organisation bedeutet nichts anderes als eine Konzeptualisierung der politischen Ordnung gemäß der „geopolitischen Methode" – also als unausweichlich, unverfügbar, unveränderlich oder schlicht hinzunehmend, sprich: als *natürlich* bedingt. Dagegen könnte jedoch eingewendet werden, dass die strukturelle Analogie von Politischer Geographie und Geopolitik damit noch nicht bewiesen sei und dass sehr wohl ein Unterschied zwischen Politischer Geographie und Geopolitik existiere. Dieser Unterschied, so könnte weiter argumentiert werden, bestehe darin, dass die staatliche Ordnung in einer geopolitischen Argumentation als Folge geographischer Naturnotwendigkeiten erscheine, die die Politikerinnen und Politiker jeglicher Handlungsoptionen beraubten; wohingegen in der Politischen Geographie die nationalstaatliche Ordnung zwar unhinterfragt bleiben möge, aber deshalb noch lange nicht als *natürlich* begriffen werde.

Dieser Einwand kann insofern als der nächstliegende gelten, als er mit einer ebenso alten wie populären Dichotomie zwischen natürlich Bedingtem einerseits und gesellschaftlich bzw. kulturell Bestimmten andererseits operiert. Im Rahmen der entsprechenden Diskussion um die Unterscheidung zwischen *Natur* als der Gesamtheit des materiell Vorgefundenen und *Kultur* als dem menschlich Geschaffenen – so die bereits in der Antike formulierte Definition – können, wenn auch

stark vereinfachend, zwei bis heute populäre Traditionen unterschieden werden (vgl. HANSEN 1995). Die Erste der beiden kann im Anschluss an KLAUS HANSEN (1995, 23) als „falsch oder zumindest einseitig" verstandener Darwinismus bezeichnet werden: Zwar trug Darwins Lehre „eigentlich" dazu bei, die abendländische Philosophie von ihren metaphysischen Spekulationen zu befreien – kam sie doch ohne ein letztes, die Welt regierendes geistiges Prinzip aus, das „entweder Gott, Natur (Rousseau) oder Vernunft (Hegel) genannt wurde" (HANSEN 1995, 23). Aber sie sollte in der Folgezeit zur Legitimation eines zwar totgesagten, aber immer noch virulenten materialistischen und biologistischen Reduktionismus herangezogen werden, in dem kulturelle Phänomene lediglich als „schmückendes Beiwerk" betrachtet werden, das den essentiellen Einflussfaktor *Natur* nicht zu tangieren vermag. Diese Position wird gemeinhin als Heimat der „geopolitischen Methode" betrachtet – insbesondere auch von Vertreterinnen und Vertretern der zweiten Tradition.

Die zweite Tradition ist von solchem Reduktionismus weit entfernt. Ihre Ursprünge können in die Zeit der französischen Aufklärung zurückverfolgt werden, in der Jean-Jacques Rousseau den Grundstein für die kulturkritische Konvention legte (vgl. HANSEN 1995). Die mit der kulturkritischen Konvention verbundene fundamentale Veränderung und Ausweitung des Naturbegriffs, auf deren Schultern die „uns heute noch geläufige, positiv besetzte Vorstellung der Natürlichkeit bzw. der Vorwurf des Unnatürlichen" (HANSEN 1995, 21) entstand, genießt bis heute große inner- wie außerwissenschaftliche Popularität:

„Für die Kulturkritiker umfasste er [der Naturbegriff, JL] weit mehr als für die antiken Philosophen, die darunter bloße Materie und Biologie verstanden. Rousseau sah in der Natur bereits die sinnvolle Ordnung des ganzen Universums einschließlich der Menschheit angelegt und erblickte in ihr eine Art Vorprogrammierung für das Geistige, das Moralische und Vernünftige. Mit anderen Worten, Natur umfasste neben Materie und Biologie auch denjenigen Bereich, der bis dahin der Kultur vorbehalten war. Kein Wunder, dass man jetzt mit Natürlichkeit auskam und auf Kultur wie Vernunft verzichten konnte. Durch die kulturkritische Argumentation ging (...) die Trennungsschärfe zwischen den Begriffen Natur und Kultur verloren, und der Naturbegriff wandelte sich zu einem Objekt metaphysischer Spekulation" (HANSEN 1995, 21).

Es ist unschwer zu erkennen, dass der potentielle Einwand dieser zweiten Tradition angehört. Das charakteristische *ad unum vertere*, das „Denken des Einen", ermöglicht es dem Einwand, sich durch den Verweis auf Kultur von „der geodeterministischen Geopolitik" abzugrenzen – ohne zu reflektieren, dass ihm das-

jenige, das seiner eigenen Auffassung nach dem Reich der Kultur angehört und damit der Gestaltung offen steht, längst zu Natur geronnen ist. Die diesem Denken zugrunde liegende synekdochale, d. h. einen Teilbegriff anstelle des Ganzen setzende Gedankenschleife kann, bezogen auf den Kontext der Politischen Geographie, mit Hilfe der folgenden Textstelle von GERHARD HARD verdeutlicht werden. Zu diesem Zweck braucht nur das Wort „Natur“ (oder, gemäß der Empfehlung HARDS, das Wort „Landschaft“) durch den „nationalstaatlichen Containerraum“ der Politischen Geographie ersetzt zu werden:

„Von der ‚Landschaft‘ der Geographen gilt ziemlich genau das, was *Spaemann* im ‚Handbuch philosophischer Grundbegriffe‘ (Bd. 4, S. 958) von der alteuropäischen ‚Natur‘ schreibt (man braucht nur ‚Natur‘ und ‚natürlich‘ durch ‚Landschaft‘ und ‚landschaftlich‘ zu ersetzen): ‚In den genannten Gegensatzpaaren (Mensch – Natur, voluntas – natura usw.) ist deshalb der Begriff der Natur schon immer dialektisch in dem Sinne, dass er als das Mächtigere sein Gegenteil mit umgreift. Das Natürliche als solches ist das nicht vom Menschen Gemachte. Aber alles Gemachte ist auf näher zu bestimmende Weise auch natürlich. Alles Machen kann nur ein Verändern dessen sein, was schon ist. Und zwar so, dass es (das Machen und Verändern) sich der Struktur dessen, was ist, anpassen muss, da die hervorgebrachten Strukturen das zugrunde liegende und selbst schon strukturierte Substrat zur bleibenden Voraussetzung haben“ (HARD 1983, 142).

Folglich stellen die Raumbegriffe der Politischen Geographie (und allen voran der „nationalstaatliche Containerraum“) totalitäre Begriffe dar, die das staatliche Handeln *und* den staatlichen Raum, „also den Spieler *und* den Gegenspieler umfassen sollen“ (HARD 1983, 142). Damit bleibt festzuhalten, dass der theoretische Zugang der Politischen Geographie nach 1945 zwar *nicht* als geodeterministisch im „eigentlichen“ Sinne bezeichnet werden kann, aber aufgrund der skizzierten Gedankenschleife denselben Effekt zeitigt. So müsste gegenüber dem potentiellen Einwand eingewendet werden, dass auch politisch-geographischem Arbeiten eine *naturalisierende* Argumentationslogik zugrunde liegt, die zwar bestimmt nicht „naturalisierender“ ist als jene Logik, die er selbst mit der „geopolitischen Methode“ assoziiert – aber eben auch nicht „weniger naturalisierend“.

Entgegen beiden Arten der Naturalisierung sei – in Übereinstimmung mit radikal-konstruktivistischen Perspektiven – darauf aufmerksam gemacht, dass die Rede von der Natur immer nur die *Rede* von der Natur sein kann, weil schlicht nichts gedacht werden kann, was „nicht mindestens noch durch seine Bezeichnung bedingt wäre, durch seine kulturelle sprachliche oder auch nicht-sprachliche Repräsentation“ (NASSEHI

1999, 355). Dies gilt zum einen in Bezug auf denjenigen (Natur-)Raum, der gemeinhin mit der „geopolitischen Methode“ assoziiert wird. Es gilt aber gleichermaßen für den gesellschaftlich und kulturell „gefütterten“ nationalstaatlichen Container der Politischen Geographie. Denn auch die diesen Container bedingenden Evidenzen wurden nicht *ge-*funden, sondern insofern *er-*funden, als *alle* empirischen Evidenzen des nationalstaatlichen Containers ein Merkmal aufweisen, das ARMIN NASSEHI (1997, 191) im Anschluss an GILLES DELEUZE (1992) den „Makel jenes *Privilegs der Bezeichnung* vor der vermeintlichen empirischen Wahrheit“ genannt hat.

4 Zur theoretischen Erfassung eines (un-)bestimmbaren Verhältnisses

Spätestens mit der Dekonstruktion des potentiellen Einwands sollte deutlich geworden sein, warum es keinen strukturellen Unterschied zwischen Geopolitik und Politischer Geographie geben kann: zum Einen, weil das dazu notwendige Wesen der Geopolitik insofern nicht bestimmt werden kann, als „Geopolitik“ schon immer ein Zauberwort war (und bis heute geblieben ist); zum Zweiten, weil die Politische Geographie – und zwar nicht nur die deutsche – vor und nach 1945 fest in eine imaginative Geographie eingelassen war (und bis heute eingelassen ist). Deren Natürlichkeit aber kann nicht geringer sein als diejenige der „geopolitischen Imaginationen“: Es ist (erkenntnis-)theoretisch schlicht unmöglich, die für dieses Minus notwendige Existenz einer „besonders natürlichen“, extra-diskursiven Natur auf Seiten der „geopolitischen Methode“ zu begründen. Eine solch „besonders natürliche“ Natur kann lediglich *bezeichnet*, also als *Konstruktion* gesetzt – und dann freilich mit ontologischen Ehren versehen – werden.

Dies bedeutet umgekehrt, dass sich die Politische Geographie nur dann strukturell von „ihrer eigenen“ Repräsentation der Geopolitik unterscheiden könnte, wenn sie die (auch von ihr bemühte) Konstruktion einer natürlichen Natur als *Setzung* anerkennt – und nicht als extra-diskursiv bzw. „vom Himmel gefallen“ behandelte. Eine solche Anerkennung würde, so widersinnig dies klingen mag, zunächst einmal jene begriffliche Trennung von Natur einerseits und Kultur andererseits voraussetzen, die „ihren eigenen“ Angaben zufolge der „geopolitischen Methode“ zugrunde liegt, dort allerdings in einen kruden Materialismus verwandelt wird. Solange diese begriffliche Trennung nicht erreicht ist, muss die argumentative Dichotomisierung von „wis-

senschaftlicher“ Politischer Geographie und „verwerflicher“ Geopolitik vor allem *einen* Eindruck erwecken: den Eindruck der permanenten „Ich-Erschaffung“ einer vermeintlich unpolitischen Politischen Geographie im Spiegel ihres vermeintlich verwerflichen „Anderen“ – der Geopolitik.

Wenn aber der Geopolitikbegriff der Politischen Geographie im Wesentlichen die Aufgabe erfüllt (oder eben: *nicht* erfüllt), als negative Identifikationsfolie zu dienen, dann kann ein Begriff von Geopolitik entwickelt werden, der das Verhältnis zwischen beiden auf eine tragfähige Art und Weise zu theoretisieren vermag. So sei in Übereinstimmung mit den *critical geopolitics* angeregt, „Geopolitik“ nicht länger als geodeterministische und pseudowissenschaftliche Prophetin einer vermeintlich naturgegebenen Wahrheit, sondern als eine je andere diskursive Praxis zu begreifen – als eine Praxis, vermittelt derer die vermeintlich natürliche Ordnung der internationalen Politik erst produziert wird und deren entscheidendes Moment in der Verortung der vermeintlich essentialistischen Kategorien des „Eigenen“ und „Anderen“ besteht (vgl. DALBY 1991).

Geopolitik in diesem Sinn umfasst nicht nur die weltordnenden Strategien, die von Seiten derjenigen an den Tag gelegt werden, die die Sprache der „klassischen Geopolitik“ sprechen. Sie kommt vielmehr vom Klassenzimmer bis zum Kanzleramt auf unzähligen Ebenen zum Tragen und umfasst auch all jene ganz „alltäglichen“ Strategien, im Rahmen derer die vermeintlich natürliche internationale Ordnung immer wieder aufs Neue unhinterfragt (re-)produziert wird. Und sie umfasst zwangsläufig auch die objektivistischen Praktiken einer Politischen Geographie, die sich auf eine vermeintlich natürliche politische Ordnung bezieht und „vergisst“, dass diese Ordnung im Zuge der Verortung erst produziert werden musste.

Vor dem Hintergrund dieser Konzeption könnte der Eindruck entstehen, als seien die (Forschungs-)Praktiken der Politischen Geographie nicht von denjenigen der geopolitischen Strategien zu trennen; als fielen Politische Geographie und Geopolitik *in eins*. Dies würde bedeuten, dass das Verhältnis von Politischer Geographie und Geopolitik, ganz entgegen der Überschrift, nicht (*un-*)*bestimmbar*, sondern durchaus *bestimmbar* sei. Doch die *critical geopolitics* wären nicht wirklich kritisch zu nennen, wenn sie sich nicht daran machten, die sich selbst bewahrheitenden geopolitischen Strategien zu dekonstruieren. Daher sehen sie eine *andere*, eine dekonstruktivistische Form von Geopolitik vor: eine Form von Geopolitik, die die vermeintlich natürlichen Welt-Bilder der verschiedenen geopolitischen Diskurse radi-

kal hinterfragt und jene Codierungen aufspürt, mittels derer der jeweilige Raum des „Eigenen“ von dem der jeweils „Anderen“ abgegrenzt wird.

Diese *andere* Geopolitik möchte dem „Denken des Ei(ge)nen“ ein Denken von Differenzen entgegensetzen, das die Vielfältigkeit und Komplexität der jeweils „Anderen“ ebenso anzuerkennen versucht, wie es die Homogenität des „Eigenen“ in Frage zu stellen bereit ist. Sie kann im Anschluss an MICHEL DE CERTEAU als eine *Taktik* bezeichnet werden, die im Gegensatz zu den *strategisch* operierenden geopolitischen Praktiken keinen „Ort voraus[setzt], der als etwas *Eigenes* umschrieben werden kann und der somit als Basis für die Organisation seiner Beziehungen zu einer bestimmten Außenwelt (...) dienen kann“ (CERTEAU 1988, 23). Ihr (Spiel-)Raum wird vielmehr durch den Ort ihres jeweiligen *Anderen* bestimmt, dessen Willen es zu „verändern (verführen, überreden, gebrauchen)“ (CERTEAU 1988, 25) gilt und den sie durch ihre jeweiligen Aktionen zu „stören“ versucht – ohne ihn dabei „vollständig erfassen zu können und ohne ihn auf Distanz halten zu können“ (CERTEAU 1988, 23). Folglich versucht die *andere* Geopolitik auch gar nicht erst, eine Antwort auf die Frage nach dem Wesen der Geopolitik zu geben. In Anbetracht der Verschiedenheit der zu verstörenden Strategien kann ihr Ziel nämlich nicht in einer essentialisierenden Reduktion ihres jeweiligen geopolitischen *Anderen* bestehen. Ihr Ziel besteht im Gegenteil immer auch darin, auf die Kontextgebundenheit jeglichen geopolitischen Wissens, Denkens und Argumentierens zu verweisen.

Was bedeutet all das für das Verhältnis von Politischer Geographie und Geopolitik? Wenn – wie gerade dargelegt – das Wesen der Geopolitik weder festgelegt werden kann noch festgelegt werden soll, dann ist auch das Verhältnis von Politischer Geographie und Geopolitik notwendig „in der Schweben“. Mit anderen Worten: Wenn Geopolitik nicht auf ein wesentliches „Ist“ reduziert werden kann, dann kann auch das Verhältnis von Politischer Geographie und Geopolitik weder identifiziert noch fixiert werden. Und so wird letztlich deutlich, warum dieses Verhältnis ebenso bestimmbar ist, wie es unbestimmbar ist: Es ist *bestimmbar*, weil die Strategien der Politischen Geographie sich nicht von den geopolitischen Strategien unterscheiden lassen; weil sie *in eins* fallen. Und es ist *unbestimmbar*, weil es zu bestimmen nichts anderes hieße, als ein Wesen der Geopolitik festzulegen; als die „wahre“ und „richtige“ Bedeutung von Geopolitik (wie auch von Politischer Geographie) zu proklamieren und damit die irreduzible Vielheit unterschiedlicher (Ordnungs-)Strategien gewaltsam zu reduzieren.

5 Zur Verwendung des Geopolitikbegriffs

Abschließend sei der Frage nachgegangen, wie es in Anbetracht des (un-)bestimmbaren Verhältnisses um die Möglichkeit einer Verwendung des Geopolitikbegriffs bestellt ist. Diese Frage stellt sich insbesondere insofern, als, wie einleitend erwähnt, die grundsätzliche Stigmatisierung des Geopolitikbegriffs mehr und mehr in Frage gestellt wird und nicht wenige der Beiträge durch einen affirmativen Gebrauch des Wortes „Geopolitik“ (etwa im Sinne einer *geopolitischen Lage*, *geopolitischer Bedingtheiten* oder *geopolitischer Interessen*) gekennzeichnet sind. Ein unsystematischer Blick auf die entsprechende Literatur macht deutlich, dass es dabei zwischen zwei Richtungen zu unterscheiden gilt: Während sich das Gros der Beiträge durch eine mehr oder minder unbekümmerte Verwendung des Wortes „Geopolitik“ auszeichnet, die jeder theoretischen und begrifflichen Reflexion zu entbehren scheint, zeichnet sich die zweite Richtung durch eine reflexiv-affirmative Bezugnahme auf einen *Begriff* von Geopolitik aus. So beschäftigt sich der Arbeitskreis *Geopolitische Analysen* mit einer „Geopolitik modernen Typs“. Diese „moderne Geopolitik“ wurde auf der konstituierenden Sitzung des Arbeitskreises als „angewandte Politische Geographie“ definiert, „die das Ziel der Politikberatung zum Zweck der Konfliktvermeidung globalen wie regionalen Ausmaßes verfolgt“ (STADELBAUER zit. in KOST 1997, 144). In diesem Kontext widmet sich etwa KLAUS-ACHIM BOESLER (1997) den Konsequenzen, die sich aus den veränderten politischen Tatsachen der jüngsten Zeit für eine „Neue Geopolitik“ ergeben, und stellt fest, dass sich (wissenschaftliche) Politische Geographie einerseits und Geopolitik andererseits weit voneinander entfernt hätten:

„Seit einigen Jahrzehnten haben sich Politische Geographie und andere wissenschaftliche Disziplinen auf der einen und Geopolitik auf der anderen Seite in grundlegenden Fragestellungen weit voneinander entfernt. Diese Situation wird von einer ganzen Reihe Politischer Geographen als äußerst unbefriedigend angesehen“ (BOESLER 1997, 310).

Diese Feststellung entbehrt vor dem Hintergrund der zurückgelegten Wegstrecke nicht einer gewissen Ironie – wurde doch weiter oben festgehalten, dass ein Unterschied zwischen Geopolitik und Politischer Geographie nur dort bestehen kann, wo die Natürlichkeit der politisch-geographischen Wirklichkeit hinterfragt und zudem der politische Gehalt des „eigenen“ Diskurses anerkannt wird. Beides scheint bei den Apologe-tinnen und Apologeten einer „neuen“ oder „modernen Geopolitik“ jedoch nicht der Fall zu sein. Zwar wird in dem genannten Aufsatz betont, dass „räumliche Fak-

toren nicht als Konstanten aufgefasst werden können und damit der Zeitlichkeit, d. h. dem Wandel gesellschaftlicher Bewertungsprozesse, unterworfen sind“ (BOESLER 1997, 310). Dennoch kann der objektivistische Gestus, der auf einer naturalisierenden Betrachtung „geopolitischer Strukturen“ basiert, letztlich nicht überwunden werden. Dieser Gestus kommt etwa in der Behandlung der Frage nach der künftigen politischen Ordnung desjenigen Raums zum Ausdruck, „den die Geopolitik häufig als ‚Zwischeneuropa‘ bezeichnet hat und der von den Baltischen Staaten bis zum Schwarzen Meer reicht“ (BOESLER 1997, 314). Aus der „Tatsache“, dass die betreffenden Länder ihrem „Selbstverständnis, ihrer Geschichte und ihrer Kultur nach (...) zweifelsfrei ein Teil des westlichen Europas [sind]“ (BOESLER 1997, 314), wird *wie selbstverständlich* abgeleitet, dass „die Öffnung von NATO und EU nach ‚Zwischeneuropa‘ ein selbstverständlicher, geopolitisch begründeter Vorgang [ist]“ (BOESLER 1997, 314). Bei so viel argumentativer Selbstverständlichkeit kann es nicht weiter verwundern, dass einer kritischen Prüfung der politischen Wirkung des „eigenen“ Arbeitens nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird. Wie sonst ist wohl die – in Anlehnung an SAMUEL HUNTINGTONS Kulturkampfszenario (HUNTINGTON 1993) formulierte – Prognose zu erklären, derzufolge „regionale und lokale Konflikte (...) im internationalen Staatensystem durchaus wahrscheinlich [sind]“ (BOESLER 1997, 313)?

Dieses Beispiel sollte die Schwierigkeiten aufgezeigt haben, die ein affirmativer Bezug auf „Geopolitik“ mit sich bringt. Daher sei ausdrücklich empfohlen, den Geopolitikbegriff lediglich im Sinne einer verstörenden, dissidenten und immer wieder *anderen* Taktik zu verwenden. Mit anderen Worten: Es sei ausdrücklich empfohlen, lediglich auf eine Verstörung geopolitischer Strategien, nicht aber auf „Geopolitik an und für sich“ abzielen – was letztlich bedeutet, alle affirmativen Verwendungen außen vor zu lassen. Dieses „Außen-vor-Lassen“ mag den Eindruck erwecken, als feierte das „Hände-weg-von-der-Geopolitik!“ der „Troll-Schöller-Linie“ (SPRENGEL 1996) fröhliche Urstände. Doch eine auf Pseudowissenschaftlichkeit und Geodeterminismus aufbauende Abgrenzungsstrategie kann nach den vorangegangenen Ausführungen keine Option mehr darstellen. Zwar wäre eine solche Strategie in Zeiten, in denen etwa HEINZ BRILL „Geopolitik“ als die Lehre „vom Einfluss des geographischen Raumes auf die Politik eines Staates“ (BRILL 1994, 21) definiert und nicht wenige von „jener teutonischen Begeisterung“ (SPRENGEL 1996, 19) ergriffen sind, wieder von Geopolitik reden zu können, wohl nicht einmal die Schlechteste. Aber die Ausführungen haben deutlich

gemacht, dass eine strategische Abgrenzung mittels des Geodeterminismus nur Sinn in einem Denken hat, das auf dem Mythos der Zwei-Reiche-Lehre von der unverfügbaren Natur und der frei gestaltbaren Kultur beruht. Und insofern dieser Mythos in einem *anderen* Denken demystifiziert ist, gleicht das „Außen-vor-Lassen“ den Argumenten TROLLS und SCHÖLLERS lediglich in formaler Hinsicht. In inhaltlicher Hinsicht hingegen umfasst es auch diejenigen Strategien, die „bloß“ verorten: diejenigen Strategien also, die, euphemistisch gewendet, „nichts weiter“ tun, als vermeintlich essentialistische Identitäten buchstäblich an Ort und Stelle zu bringen, und die damit die vermeintliche Natürlichkeit der geographischen Ordnung unhinterfragt (re-)produzieren.

6 Fazit: Von der Politischen Geographie zu einer politischen Geographie

Die „Flugbahn“ dieses Beitrags kann – rückblickend betrachtet – wohl am ehesten als eine beschrieben werden, die von der Politischen Geographie über eine *andere* Geopolitik zu einer *politischen Geographie* führt. Das „kleine p“ dieser politischen Geographie möchte auf zweierlei hinweisen: Zum einen möchte es die kleinen Unterschiede betonen, die – wie im Anschluss an

DOMINIK BLOEDNER (1999) formuliert werden kann – einen Unterschied machen, und die es auch zwischen einer dem Identitätsdenken verhafteten Politischen Geographie einerseits und einer auf Differenz beruhenden politischen Geographie andererseits immer wieder aufs Neue zu verhandeln gilt. Und zum anderen möchte es darauf verweisen, dass die Verortung von Objekten und Identitäten entlang den Demarkationslinien des „Eigenen“ und „Anderen“ nicht allein auf den Feldern der staatlichen oder internationalen Politik zu finden ist: *Jede* Ordnung von Objekten und Identitäten stellt letztlich eine imaginative Geographie dar, die auf spezifischen Ausschlüssen beruht.

Damit ähnelt die hier vertretene politische Geographie jener politischen Geographie, die BERND BELINA, ULRICH BEST, DIRK GEBHARDT, GESA HELMS und ANKE STRÜVER auf einer Tagung des Arbeitskreises Politische Geographie vorgestellt haben. Denn wie Letztere ist sie an den Machtverhältnissen interessiert, die bei der (Re-)Produktion von Räumen zum Tragen kommen. Und wie Letzterer geht es ihr „weniger um die Zugehörigkeit zu einer Subdisziplin (...) als vielmehr um das Eingreifen in aktuelle politische Debatten“ (vgl. REUBER u. WOLKERSDORFER 2001, 205) – ist doch die Produktion der geographischen Wirklichkeit nicht von Fragen nach Macht und Herrschaft zu trennen.

Literatur

- AGNEW, J. (1994): The territorial trap: the geographical assumptions of international relations theory. In: *Review of International Political Economy* 1, 53–80.
- BLOEDNER, D. (1999) Differenz, die einen Unterschied macht. In: ENGELMANN, J. (Hrsg.): *Die kleinen Unterschiede. Der Cultural Studies-Reader*. Frankfurt a. M. und New York, 64–79.
- BOESLER, K.-A. (1969): Kulturlandschaftswandel durch raumwirksame Staatstätigkeit. = *Abhandlungen des 1. Geographischen Instituts der Freien Universität Berlin* 12, 9–27.
- (1974): Gedanken zum Konzept der politischen Geographie. In: *Die Erde* 105, 7–33.
- (1997): Neue Ansätze der Politischen Geographie und Geopolitik. In: *Erdkunde* 51, 309–317.
- BRILL, H. (1994): *Geopolitik heute – Deutschlands Chance?* Frankfurt a. M. und Berlin.
- CERTEAU, M. DE (1988): *Kunst des Handelns*. Berlin.
- DALBY, S. (1991): Critical geopolitics: discourse, difference, and dissent. In: *Environment and Planning D: Society and Space* 9, 261–283.
- DELEUZE, G. (1992): *Differenz und Wiederholung*. München.
- FRITZ-VANNAHME, J. (1994): Die Nation als Idee und Theater. Der französische Geograph Yves Lacoste zeigt, dass Geopolitik nicht notwendig reaktionär ist. In: *DIE ZEIT* (11.2.1994).
- HANSEN, K. P. (1995): *Kultur und Kulturwissenschaft. Eine Einführung*. = UTB für Wissenschaft: Uni-Taschenbücher 1846. Tübingen und Basel.
- HARD, G. (1983): Zu Begriff und Geschichte der „Natur“ in der Geographie des 19. und 20. Jahrhunderts. In: GROBKLAUS, G. u. OLDEMEYER, E. (Hrsg.): *Natur als Gegenwelt. Beiträge zur Kulturgeschichte der Natur*. Karlsruhe, 141–167.
- HUNTINGTON, S. (1993): The Clash of Civilizations? In: *Foreign Affairs* 72, 3, 22–49.
- KOST, K. (1988): Die Einflüsse der Geopolitik auf Forschung und Theorie der Politischen Geographie von ihren Anfängen bis 1945. Ein Beitrag zur Wissenschaftsgeschichte der Politischen Geographie und ihrer Terminologie unter besonderer Berücksichtigung von Militär- und Kolonialgeographie. = *Bonner Geographische Abhandlungen* 76. Bonn.
- (1997): Geopolitik und kein Ende. Thesen zur Gegenwart der Politischen Geographie in Deutschland. In: GRAAFEN, R. u. TIETZE, W. (Hrsg.): *Raumwirksame Staatstätigkeit. Festschrift für Klaus-Achim Boesler zum 65. Geburtstag*. = *Colloquium Geographicum* 23. Bonn, 133–152.